

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

FAKELN UND MISTGABELN

Die „Neue Weltordnung“ der kleptokratischen Klasse wird offen ausgerufen - und niemand stört sich daran.

[Matthias Müller]

Er hat es getan — wie so viele Politiker, Konzernlenker, Finanzmogule und Pseudophilanthropen vor ihm. Ob Cecil Rhodes im 19. Jahrhundert, Margaret Thatcher im Jahre 1990 beim „Aspen Institute“, David Rockefeller, der den Begriff 1991 auf der Bilderberger-Konferenz in Baden-Baden verwendete, George Bush Senior, der die geopolitische „Catch Phrase“ im Januar des gleichen Jahres bei einer Rede vor der UN anbrachte, Emmanuel Macron und Bill Gates, Angela Merkel, Justin Trudeau und Boris Johnson, Henry Kissinger, Papst Franziskus, Klaus Schwab oder Kerry Chant, Chief Health Officer von Australien — um nur einige zu nennen. Sie alle haben eine „Neue

Weltordnung“ gefordert oder diese kurzerhand selbst ausgerufen. Wie nun auch Christian Lindner von der vermeintlich liberalen FDP. Obwohl die pathetisch klingende Phrase also nicht erst seit gestern Usus im weichgespülten Public-Relations-Jargon des internationalen Korporatismus ist, sorgt sie jedes Mal aufs Neue für ein Raunen im Blätterwald und in Social-Media-Blasen, wenn sie ein Vertreter der „konstituierten Kriminalität“ auf Mainstream-Kanälen oder dem politischen Parkett hervorholt. Denn die einen, die das totalitäre System als das erkannt haben, was es ist, sehen sich bestätigt, zeigen mit dem Finger auf den mutmaßlichen „Verschwörer“ — die ande-

ren, die Parteifreunde, Ideologen, Dogmatiker und nützlichen Idioten, die Beschwichtigungsjournalisten, Haltungsblätter und woken Weltverbesserer versuchen in panischem Aktionismus, die Aussage zu relativieren und mit sinnentleertem Neusprech zu entkräften, um ihr sogleich jegliche Tragweite zu nehmen.

Denn auch wenn die „Neue Weltordnung“ zum geopolitischen Plattitüden-Repertoire eines jeden international agierenden Spitzenpolitikers gehört, haftet dem Ausdruck als solches doch nach wie vor der Hauch des Unseriösen an. Ernsthafte öffentliche Debatten über fragwürdige wirtschaftspoliti-

sche Zusammenhänge, Korruption und Technokratie werden nicht geführt, Kritik und Klagen reflexhaft ignorant als „Verschwörungstheorie“ abgetan — wobei die infantilisierenden Meinungsmacher penibel darauf bedacht sind, beim Thema Verschwörungen ein möglichst lächerliches Bild von konspirativen Treffen in dunklen Hinterzimmern, umständlicher Geheimniskrämerei, Mystik, Auftragsmord und Geldkoffern zu zeichnen. Unseriös ist dabei also vor allem die Darstellung des Themas in den Leitmedien — denn schon der faschistische Duce von Italien, Benito Mussolini, hatte seinerzeit erkannt:

„Der Faschismus sollte Korpora-

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

tismus heißen, weil er die perfekte Verschmelzung der Macht von Regierung und Konzernen ist.“

Dennoch lenken „Cancel Culture“, ausgefeiltes „Achtung Rechts!“-Framing und durch Algorithmen perfektionierte Zensur den Durchschnittskonsumenten davon ab zu erkennen, dass es sich beim herrschenden politischen System längst um den Realität gewordenen feuchten Traum Mussolinis handelt: wir leben mitten in einer „Kleptokratie“, einer „Herrschaft der Plünderer“, in der die Vertreter bestimmter globaler „Cluster“ – zunächst subversiv und subtil agierend, mittlerweile jedoch offen und unverhohlen – die ehemals freien westlichen Demokratien als Selbstbedienungsladen betrachten, den man sorglos und nach Belieben ausrauben kann. Und genau das wird auch getan. Und zwar im ganz großen Stil.

Es geht nicht um die Verschwörung einer Handvoll reicher Kuttenträger, die sich in abgelegenen Gemäuern treffen, um mittels magischer Formeln die Geschicke des Planeten zu steuern. Nicht um ein paar verschworene Herren gehobenen Alters, die geheime Pläne zur Erlangung der Weltherrschaft schmieden, sondern um die international vernetzte, generationsübergreifend operierende und interdisziplinär organisierte Kriminalität superreicher Familienclassen, globaler Cluster und Finanzkomplexe sowie ihrer Helfershelfer. Der totalitäre Korporatismus, mit dem man im Jahr 2022 konfrontiert wird, basiert auf Gesetzen, Rahmenverträgen, Verordnungen und Beteiligungen und ist formal in weiten Teilen sogar „legal“ – besser gesagt „legalisiert“: indem man direkten und massiven Einfluss auf die nationalstaatliche Gesetzgebung nimmt, baut man sich den benötigten Rechtsrahmen für die geplanten Verbrechen schlichtweg selbst, so dass aus Unrecht formelles Recht wird.

Die Nationalstaaten stellen nur noch die oberflächliche Struktur der heutigen Welt dar. Tatsächlich jedoch ist die ganze Welt zu einem einzigen Markt geworden, auf dem sich die nationalen Regierungen nur noch den finanziellen Interessen der Kapital kontrollierenden Klassen verpflichtet fühlen. Niemand im politischen Tagesgeschäft kann heute noch auf eine nennenswerte Karriere hoffen, der sich nicht auf seinem Weg nach oben durch vorauseilenden Gehorsam den globalen Eliten gegenüber nachdrücklich empfohlen hat.

Geld regiert die Welt, diese Binsenweisheit ist nicht neu. Dass sie jedoch eine äußerst tangible Lebensrealität darstellt, sickert erst seit etwa zwei Jahren durch die Hirnwindungen des gemeinen Bürgers. Bislang nahm man die so genannten „Eliten“, also die Klasse derer, die ihren praktisch unbegrenzten Zugriff auf Kapital und Ressourcen teilweise über Generationen hinweg fest in ihre Erblinien eingeflochten haben, als entferntes Phänomen wahr – als etwas, worüber man in spannenden Sachbüchern liest, etwas, das in Kinofilmen romantisiert wird. Etwas, von dem man weiß, dass es da ist und man weiß es ist nicht gut, aber es ist weit weg. Ein Phantomschmerz, der aber nur wenig in unser tägliches Leben ausstrahlt. Doch die allgegenwärtige „Pandemie“ hat die so genannten Eliten aus der Deckung gelockt. Man wähnt sich sicher und scheut sich nicht länger, die gesetzten Agenden öffentlich heraus zu posaunen. Man schwärmt öffentlich vom „Great Reset“, von einer „Eigentumslosen Gesellschaft“, der „Neuen Normalität“ und von der besagten „Neuen Weltordnung“ – wohlwissend, dass dem gehirngewaschenen Pöbel bei all diesen Aussichten trotz aller offenen Verlautbarung kein Licht aufgeht, weil das alles viel zu hoch, zu weit weg, zu abstrakt, zu undenkbar, zu unerhört für ihn ist. Ganz ehrlich,

lieber Leser: was glauben Sie denn, was mit einer „eigentumslosen Gesellschaft“ gemeint ist? Und wo Ihr persönlicher Platz darin ist?

Ein Organigramm, das der englische Autor Iain Davis für sein 2021 erschienenes Buch „Pseudo Pandemic“ angefertigt hat, erklärt die aktuellen Herrschaftsstrukturen der westlichen Oligarchie sehr treffend. Es ist die „Regelbasierte Internationale Ordnung“, der globale „Stakeholder-Kapitalismus“, die woke-grüne „Sozialistische Demokratie“, die die Bevölkerungen weltweit auf nunmehr zeitgemäße, digitalisierte Art manipuliert.

Schlussendlich verbirgt sich hinter all den abgehoben klingenden und Inklusion heuchelnden Labels dennoch nichts anderes als althergebrachter Faschismus: die Verschmelzung von Politik und Kapital zu einem einzigen, omnipotenten Machtkomplex.

Die Umtriebe überstaatlicher Institutionen und halböffentlicher Organe in den vergangenen drei Jahren veranschaulichen, wie das neue totalitär-technokratische System, die regelbasierte, multipolare Weltordnung der „Public Private Partnerships“ (öffentlich-private Partnerschaften), verstärkt versucht, sich staatsrechtlich zu legitimieren. Vorneweg das Weltwirtschaftsforum (WEF), das bereits Mitte 2019 eine strategische Partnerschaft mit den Vereinten Nationen (UN) einging, um die im Kern autoritäre „Agenda 2030“, die in letzter Konsequenz für die Implementierung eines globalen Sozialismus steht, forciert voranzutreiben.

Eine im negativen Sinne äußerst beeindruckende Excel-Liste der insgesamt rund 3.800 Absolventen des „Young Global Leaders“-Programms des WEF wurde unlängst vom Malone Institute veröffentlicht und belegt die fast sektenartige Organisation des internationalen Korporatismus, dessen Führungs-

nachwuchs sich – wie die Liste zweifelsfrei belegt – zu großen Teilen aus den Elite-Netzwerken von Davos speist. Wer einen Blick in diese Liste wirft und dabei den Verstand eingeschaltet lässt, den befällt das nackte Grauen: fast alle gegenwärtigen Spitzenpolitiker sind darunter, alles handverlesene Marionetten des WEF. Nein, man gibt sich gar keine Mühe, die antidemokratischen Verflechtungen zu verschleiern, man ist sogar stolz darauf.

Neben WEF und UN arbeitet nach der COVID-Krise natürlich auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) derzeit an vertraglichen Rahmenbedingungen, die ihre Befugnisse erweitern und der demokratisch nicht legitimierten Organisation im Falle eines neuerlichen „Gesundheitsnotstandes“ gestatten, sich über nationalstaatliche Gesetze und traditionelle Prinzipien, wie zum Beispiel der „Souveränität der Völker“ hinwegzusetzen. Der Journalist Norbert Häring berichtete am 10. Mai 2022 ausführlich über die Details des sogenannten „Globalen Pandemievertrags“, dessen genaue Ausgestaltung auf der Weltgesundheitsversammlung vom 22. bis 28. Mai 2022 in Genf besprochen wurde und der spätestens 2024 in Kraft treten soll. Mit diesem Vertrag wird der WHO, die unter der vollständigen Kontrolle von Pharmaindustrie und privaten Investoren steht, die Macht verliehen, zum Einen jederzeit eine „Pandemie“ auszurufen, wenn sie es für geboten hält und Zweitens, in ebendiesem Fall die Kontrolle über die Nationalstaaten zu übernehmen, also jedwede demokratisch gewählte Struktur wie Parlamente, Regierungen und Gesetze aushebeln zu können. Sprich: der konzerngesteuerte Bock wird mit diesem Vertragswerk zum Weltgärtner mit totalitären Machtbefugnissen gemacht. Kein WHO-Entscheider ist dabei einer nationalen Gerichtsbarkeit rechenschaftspflichtig, keiner ist

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

demokratisch legitimiert, niemand haftet. Was glauben Sie, wie viele „Pandemien“ es in Zukunft geben wird, wenn ausgerechnet jene, für die jede „Pandemie“ ein geradezu obszön lukratives Multimilliardengeschäft ist und die dabei auch noch die totale Exekutivkontrolle über die ganze Welt erhalten, darüber entscheiden können, wann und für wie lange ein solches Ereignis statt finden soll?

In Basel bastelt unterdessen die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), die Zentralbank der Zentralbanken, deren Mitarbeiter diplomatische Immunität genießen, diskret an der technologischen Infrastruktur für digitale Zentralbankwährungen (Central Bank Digital Currencies – CBDC's). Sie sind der Todesstoß für die finanzielle Autonomie des Normalbürgers und der erste Schritt zu seiner Enteignung. Technisch gesehen ist die Enteignung mit der Einführung von CBDC's bereits vollzogen, weil der Bürger digitale Zahlungsmittel faktisch nicht „besitzen“ kann. Aber das versteht der uninformierte Bürger gar nicht und deswegen ist es ihm auch egal.

An der Abschaffung des Bargeldes sowie der Vernichtung des bescheidenen Wohlstands einer darbenenden Bevölkerung arbeiten Regierungen allerorten fieberhaft – während die Superreichen ihre Gewinne in den letzten Jahren exponentiell steigern konnten, wie die Statistik unmissverständlich belegt. Für die reichsten 0,01% des Planeten war Covid – und hier zitiere ich gerne Oxfam-Direktorin Gabriela Bucher – **„eines der profitabelsten Produkte überhaupt“**. Nie war Geld scheffeln leichter, nie risikoloser und noch nie sind die Privatvermögen der Superreichen so explodiert wie in der Zeit, als „die Wirtschaft“ so „gelitten“ hat. Nein nicht „die Wirtschaft“ wurde durch die Fehlentscheidungen der Politik schwer beschädigt. Nur

die Realwirtschaft, vor allem der Mittelstand. Der Finanz-, Digital-, Pharma- und Rüstungswirtschaft hingegen geht es prächtig. Die 200 reichsten Einzelpersonen der Welt haben ihr Vermögen in den letzten zwei Jahren um mehr als 1 Billion Dollar vermehren können, das sind 1.000 Milliarden Nettogewinn in 24 Monaten. Da frage noch einer nach dem Zweck...

Währenddessen wird der Raubzug weiter fort gesetzt. Begünstigt durch digitale Innovation und vom unreflektierten „Homo consumens“ selten hinterfragt, werden die erlaubten Bargeldmengen stetig reduziert und Barzahlung vielerorts sukzessive eingeschränkt oder ganz unterbunden. Niemand nimmt daran Anstoß, weil das digitale Geld ja „so praktisch“ ist. Wenn das böse Erwachen kommt, ist es indes zu spät. Wenn es nur noch digitales Geld gibt, kann man nichts mehr abheben und verstecken – die Voraussetzung für Enteignung ist schließlich, dass man die Möglichkeit der Kapitalflucht unterbindet. Idealerweise durch technologische Systeme, so gibt es kein Entrennen. Mittlerweile sind Enteignungsprogramme wie eine neue Vermögensabgabe in Form eines Lastenausgleichs nach dem Vorbild von 1948ff offen im Gespräch – bis vor kurzem noch eine hämisch diffamierte und faktenweggecheckte „Verschwörungstheorie“, heute offen diskutierter „Lösungsvorschlag“.

Neben der Kontrolle des supranationalen Gesundheitswesens und der Infrastruktur des technokratischen Finanzsystems feilt die neofeudalistische Kaste unserer Zeit vor allem an der totalen Überwachung des Internets. Wie das Weiße Haus in Washington am 28. April 2022 auf seiner Homepage verkündete, unterschrieben die USA sowie 60 „Globale Partner“ jüngst eine Deklaration für die Zukunft des Internets. Die drei Seiten umfassende

Erklärung lässt Schlimmes erahnen.

Unter dem Deckmantel des „Schutzes von Menschen- und Freiheitsrechten“ wird der totalen Zensur im World Wide Web das Wort geredet. Mit oberflächlichen Floskeln wird die Verantwortung für die Inhaltskontrolle der Privatwirtschaft übertragen. Vage Formulierungen erlauben schier unbegrenzten Ein- und Zugriff und schaffen ein steril kuratiertes Internet der Großkonzerne und Einheitsmeinungen, für das man von staatlicher Seite „effektivere Beobachtung und Transparenz sowohl online als auch offline“ in Aussicht stellt.

Dazu passt die Gründung eines amerikanischen „Disinformation Governance Board“, das dem Heimatschutzministerium (Department of Homeland Security) angegliedert ist und von Nina Jankowicz, einer juristisch überführten kriminellen Betrügerin, geleitet wird. Doch daran stört sich niemand. Von Kriminellen regiert zu werden ist heutzutage ganz normal, auch bei uns in Deutschland. Von Kritikern, zum Beispiel dem Gouverneur von Florida, Ron DeSantis, wird das Disinformation Governance Board zu Recht als „Manifestation des orwellianischen Wahrheitsministeriums“ bezeichnet. Doch es braucht keinen Blick über den großen Teich, um zu erkennen, dass die vom technokratischen System intendierte „Neue Normalität“ von morgen bestenfalls eine düstere Melange aus den beklemmenden Zukunftsvisionen von „1984“ und „Schöne neue Welt“ sein wird.

Denn auch die EU arbeitet derzeit unter Hochdruck an der Konstituierung eines totalitären Konstruktes – den „Vereinigten Staaten von Europa“. Ein Pakt, der den souveränen Nationalstaat, inklusive seiner zumindest vordergründig demokratischen Prozesse, endgültig in die Belanglosigkeit führen wird. In einem 31 Seiten starken Arbeitspapier vom April 2022 führt Federico

Fabbrini, Professor für Recht an der Dublin City University, aus, was die führenden EU-Gremien unter Wiederaufbau (REBUILD) nach der COVID-Krise verstehen.

Unter den Arbeitstiteln „NextGenerationEU“ und „Konferenz über die Zukunft Europas“ beraten diverse Ausschüsse über eine europäische Verfassung, eine tiefergehende Wirtschafts- und Finanzunion, die Individualmobilität von EU-Bürgern sowie gemeinsame Streitkräfte in Form einer EU-Armee – ein Vorhaben, das von offizieller Seite seit Jahren und noch bis vor kurzem vehement als Falschmeldung abgestempelt wurde, obwohl die Vorbereitungen für ein gemeinsames europäisches Militär bereits seit Langem offensichtlich sind.

Was COVID-19 für die Pharmaindustrie war, ist die Ukraine Krise nun für den militärisch-industriellen Komplex der wertewestlichen Hege-monie: ein Steroid. Die Waffenlobby kann ihr Glück kaum fassen – aus Kremlkreisen hört man bisweilen von täglich eintreffenden riesigen Geschenkkörben und opulenten Blumenbouquets mit den wärmsten Grüßen der westlichen Rüstungsindustrie an Präsident Putin persönlich (Achtung: Satire!). Endlich ist der lang geschmiedete Plan eines neuen kalten Krieges aufgegangen, endlich hat Putin den ukrainischen Köder geschluckt, den man so lange für ihn geschmückt hat. Ach, Sie bezweifeln, dass es einen solchen Plan gab? Krude Verschwörungstheorie? Leider nicht. Sie können sich diesen Plan sogar als PDF herunterladen, er wurde vom größten US-Thinktank für militärische Globalstrategie, der RAND Corporation im Auftrag des Pentagon und des US-Verteidigungsministeriums im Jahr 2019 veröffentlicht, unter dem vielsagenden Titel „Overextending and Unbalancing Russia“ (Russland überdehnen und aus dem Gleichgewicht bringen) – Achtung: keine Satire, sondern eine perfide

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

Tatsache.

Die sogenannte Zukunftskonferenz der EU unter Vorsitz von Ursula von der Leyen veröffentlichte am 27. April 2022 insgesamt 49 Empfehlungen. Einige davon lassen aufhören. So zum Beispiel Textpassagen aus Empfehlung Nummer 23:

„Wir schlagen vor, dass die EU weiterhin daran arbeitet, Dialog zu fördern und Frieden basierend auf einer regelbasierten internationalen Ordnung zu gewährleisten, den Multilateralismus zu stärken und auf langjährigen EU-Friedensinitiativen aufzubauen, die zur Verleihung des Nobelpreises im Jahr 2012 beigetragen haben, und gleichzeitig ihre gemeinschaftliche Sicherheit zu stärken. (...)“

Die gemeinsamen Streitkräfte (der EU) sollen zu Selbstverteidigungszwecken eingesetzt werden, aggressive Militäraktionen jeglicher Art ausschließen und in Krisenzeiten, einschließlich Naturkatastrophen, Unterstützung leisten können. Außerhalb der europäischen Grenzen könnten die Streitkräfte in Ausnahmefällen, vorzugsweise unter einem gesetzlichen Mandat des UN-Sicherheitsrates und damit im Einklang mit dem Völkerrecht, eingesetzt werden, ohne mit der NATO zu konkurrieren oder sie zu duplizieren. (...)“

Die EU sollte darüber nachdenken, wie Desinformation und Propaganda auf objektive und sachliche Weise bekämpft werden können.“

Kurios. Vor zwei oder drei Jahren galt die Idee gemeinsamer europäischer Streitkräfte als Fehlinformation oder wilde Verschwörungstheorie. Britische EU-Kritiker wurden in einem Artikel des GUARDIAN noch am 25. Januar 2019 als Lügner verunglimpft. Mitglieder des britischen Parlaments wie Emily Thornberry verglichen die Behauptungen, die EU plane eine eigene Armee, mit dem Glauben daran, dass Elvis Presley noch lebe. Auch der Atlantic

Council titelte schon 2016: „Der Mythos einer europäischen Armee“.

Die EU veröffentlichte im Juni 2019 gar selbst einen Artikel, um mit den Mythen von einer EU-Truppe aufzuräumen und dementierte entsprechende Gerüchte mit Nachdruck – um dann vor wenigen Wochen dafür zu votieren, eine schnelle Eingreiftruppe von 5.000 Soldaten aufzustellen. Putin sei Dank.

Immer lauter werden die propagandistischen Rufe nach vereinten militärischen Kapazitäten der EU. Das News-Outlet The Defense Post beschrieb am 4. April 2022 die „endlosen Möglichkeiten“, die eine Zusammenlegung von Streitkräften verschiedener europäischer Länder berge. Auch The New European stellt am 10. März 2022 fest: „Also brauchen wir schlussendlich doch eine EU-Armee.“ Selbst der Rückzug der USA aus Afghanistan wurde bereits 2021 von unter anderem France 24 zum Anlass genommen, von einem Weckruf für Europa zu sprechen und festzustellen: „Afghanistan unterstreicht den Bedarf für autonome EU-Streitkräfte.“

Schon 2018 wurde eine neue europäische Verteidigungscoalition ins Leben gerufen. Im ersten Quartal des Jahres 2021 folgte die Gründung der „European Peace Facility“ – ein Instrument abseits des regulären Budgets, wie die EU es nennt, welches dabei helfen soll, die supranationale Feudalisten-Organisation zu einem „globalen Sicherheitsdienstleister“ zu machen. Klingt ebenfalls nicht unbedingt nach einem rein defensiven Ansinnen. Ein Jahr später, im März 2022, wurde zusätzlich „Strategic Compass“ aus der Taufe gehoben, ein militärstrategisches Programm zum langfristigen Ausbau der operativen Fähigkeiten der EU-Streitkräfte. In Summe also ein ziemlich ausufernder, militärischer Aktionismus für eine Region der Welt, die primär von ihrer eigenen Hybris, aber in absehbarer Zeit kaum von militärischen

Interventionen ihrer Nachbarländer bedroht ist. Als Militarist mit einem pathologischem Hang zum Krieg mag man von der Idee einer gemeinsamen europäischen Armee auf den ersten Blick vielleicht angetan sein, aber zu bedenken ist dabei eines: die EU ist bereits jetzt antidemokratisch organisiert. Eine EU-Armee wird letztlich von genau den Organisationen kontrolliert werden, die auch jetzt die EU selbst kontrollieren: die korporatistischen Kapitalnetzwerke – und nicht die Bürger Europas.

Daneben hat aber natürlich nicht nur Amerika, sondern auch die EU dem freien Internet den Krieg erklärt. Analog zum neuen US-Wahrheitsministerium arbeitet man auch in Brüssel an der Beschneidung des digitalen Debattenraumes. So ist ein neues Gesetz gegen Falschinformation und Hassrede in Arbeit, wie MDR Aktuell am 23. April 2022 berichtete. Es soll grenzüberschreitend für eine strengere Beaufsichtigung von Online-Plattformen sorgen, analog zu dem bereits im Jahre 2017 eingeführten, kontroversen Netzwerkdurchsetzungsgesetz, dessen Geltungsbereich sich allerdings auf Deutschland beschränkt. Eine Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 13. Mai 2022 titelt: **„Kommission begrüßt politische Einigung über neue Vorschriften zur Cybersicherheit von Netz- und Informationssystemen.“**

Weiter heißt es im Text:

„Die Initiative strafft die Meldepflichten, führt strengere Aufsichtsmaßnahmen für die nationalen Behörden sowie strengere Durchsetzungsanforderungen ein und zielt auf die Harmonisierung der Sanktionsregelungen in den Mitgliedsstaaten ab. Sie wird dazu beitragen, den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit beim Cyber-Krisenmanagement auf nationaler und EU-Ebene zu verbessern.“

Was zunächst harmlos klingt und auf den ersten Blick nur für Regierungen und Unternehmen Relevanz zu haben scheint, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als das exakte Gegenteil von Verbesserungen. Es handelt sich um die formale Legitimation umfassender Zensur. Die euphemistischen Formulierungen der EU-Kommission übertünchen bewusst, dass die geplanten Regelungen dem totalitären Überwachungsstaat nunmehr Rechtssicherheit einräumen sollen und damit Unrecht zu Recht wird. Und das auf supranationaler Ebene. Wieviel Einfluss der Bürger eines EU-Mitgliedsstaates auf derartig zentralisierte Prozesse künftig noch haben wird, kann man sich denken – er dürfte gegen Null tendieren.

Was den EU-Bürger künftig im digitalen Raum erwartet, zeigt beispielhaft das Thema Chatkontrolle. Eine entsprechende Verordnung haben die Abgeordneten des Europaparlaments bereits am 6. Juli 2021 angenommen. Am 11. Mai 2022 hat die Europäische Kommission eine Folgeverordnung zum nunmehr verpflichtenden (!) Einsatz der Chatkontrolle durch alle Anbieter vorgestellt. Patrick Breyer, Europaabgeordneter der Piratenpartei und selbst ernannter „digitaler Freiheitskämpfer“, hat diese Folgeverordnung im Detail analysiert und legt auf seiner Homepage explizit die drastischen Folgen einer Annahme des totalitären Vorschlages dar. Er schreibt dazu:

„Die EU will es Chat- und Messenger-Providern vorschreiben, private Chats, Nachrichten und E-Mails massenhaft, anlass- und unterschiedslos auf verdächtige Inhalte zu durchsuchen. Die in ihrer Heuchelei höchst durchsichtige Begründung: Strafverfolgung von Kinderpornographie. Die Konsequenz: Massenüberwachung durch vollautomatisierte Echtzeit-Chatkontrolle und damit die Abschaffung des digitalen Briefgeheim-

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

nisses. Weitere Konsequenzen des Gesetzentwurfs zur Chatkontrolle sind die Durchleuchtung persönlicher Cloudspeicher einschließlich privater Fotos, durch verpflichtende Altersüberprüfung das Ende anonymer Kommunikation, durch Appstore-Zensur das Ende sicherer Messenger-Apps und die Bevormundung Jugendlicher.“

Zu den fatalen Konsequenzen der neuen Verordnung für den Datenschutz und die Zivilgesellschaft als solche führt er weiter aus:

„Durchsucht werden können Texte, Bilder, Videos und Sprache. Die Anbieter müssen Nachrichten auf jedem Smartphone durchsuchen und gegebenenfalls unverschlüsselt ausleiten. Das zerstört das Vertrauen in sichere Verschlüsselung und erzwingt eine Hintertür, die eine Überwachung bisher sicher verschlüsselter Kommunikation auch für viele andere Zwecke ermöglicht. Auch persönliche Speicher, die nicht geteilt werden, wie Apples iCloud, sind betroffen. Da vermutlich jeder Dienst auch für illegale Zwecke genutzt wird, werden sämtliche Dienste zur Chatkontrolle verpflichtet. (...)

Maschinell nach unbekanntem Missbrauchsdarstellungen zu suchen ist ein experimentelles Verfahren unter Verwendung maschinellen Lernens (Künstliche Intelligenz). Die Algorithmen sind Öffentlichkeit und Wissenschaft nicht zugänglich, auch der Entwurf enthält keine Offenlegungspflicht. Die Fehlerquote ist unbekannt und wird durch den Verordnungsentwurf nicht begrenzt, vermutlich führen diese Verfahren zu massenhaften Falschmeldungen. Der Entwurf erlaubt es Providern, Treffermeldungen ungeprüft an die Polizei weiterzugeben.“ Klartext: wenn Sie eine private SMS oder Whatsapp an ein Familienmitglied schicken, kann das zu ihrer Verhaftung führen, weil eine dilettantische KI Sie der Kinderpornografie bezichtigt.

Und dann haben Sie ein Problem, weil die Algorithmen, die zu dieser Falschanklage geführt haben, geheim sind und der Fehler daher nicht bewiesen werden kann.

Aber in Wirklichkeit geht es nicht um die Bekämpfung von Kinderpornografie, das weiß jeder. Kinderpornografie ist in der Politik ein diskret gehandhabtes Kavaliersdelikt – bislang kam jeder Politiker, Kirchenvertreter oder Konzernlenker mit einem milden „Dududu!“ davon, dem man seine kranken Perversionen nachweisen konnte. Niemand in der internationalen Politik nimmt diesen Kampf ernsthaft auf.

Es geht um ganz andere Problemstellungen: Die moderne Welt mit ihrer globalen Vernetzung ist für das kleptokratische System Segen und Fluch zugleich. Einerseits sind alle globalen Geschäftsmodelle von den modernen Kommunikationstechnologien untrennbar abhängig, andererseits tragen diese das permanente Risiko in sich, dass sich die Menschheit mit diesen medialen Technologien gegenseitig informiert, austauscht und vernetzt. Für die gierigen Nimmersatte der oligopolistischen Machtcluster wäre es eine Katastrophe, würden sich die Bürger der Welt demokratisch gegen diese kriminellen Machenschaften organisieren. Die einzig logische Lösung dieses Problems liegt gemäß der Vorstellung der Systemoiden darin, all diese Prozesse vollständig zu kontrollieren: die Kommunikation, die Meinungen, das Denken, Fühlen und Handeln sowie alle Transaktionen aller Menschen auf diesem Planeten – und seien sie noch so unbedeutend – müssen unter allen Umständen unter totale, lückenlose Überwachung und Kontrolle gebracht werden. Modernste Technologien und Künstliche Intelligenz stellen erstmals in der Geschichte der Menschheit die operativen Mittel zur Verfügung, um diese gigantische Aufgabe tatsächlich um-

setzen zu können. Noch nie war es möglich, die „perfekte Diktatur“ zu errichten – doch jetzt, im Morgengrauen der globalen Totalvernetzung riechen die Kleptokraten den süßen Duft des nahen Triumphes.

Die kriminellen Akte verbergen sich in verklausulierten Verordnungen, komplizierten Gesetzestexten, Handelsverträgen, Satzungen, Strategiepapieren, Parlamentsprotokollen, in Memos, Aktenstapeln, Pressemitteilungen und auf unübersichtlichen Webseiten intransparenter Organisationen. Nichts davon ist wirklich geheim – doch so lange es medial nicht thematisiert wird, ist es scheinbar nicht existent. Still und leise wird ein Schritt nach dem anderen umgesetzt – unter sorgfältiger Vermeidung eines öffentlichen, demokratischen Diskurses. Wer sich als Journalist oder kritischer Bürger durch die Berge von Papieren, Beschlüssen, Memos, Gutachten, Zukunftsszenarien, Dossiers und Gesetzesvorlagen wühlt und irgendwann den roten Faden heraus destilliert, der wird schnell als „Schwurbler“ verlacht. Mit nichts kann man den infantilisierten Massen so schnell das Interesse am realen Weltgeschehen austreiben, wie mit Komplexität und viel Papier.

Denn das ist der tatsächliche Trick dabei: eine strukturelle Komplexität im System zu schaffen, die es erlaubt, Kommunikation zu chiffrieren und Verantwortung für fragwürdige Prozesse konstant von einer Partei zur nächsten weiterreichen zu können, sodass schlussendlich niemand haftbar gemacht werden kann. Falls überhaupt jemand kritisch nachfragt. Denn schon morgen wird die nächste Angst-Sau durchs Dorf getrieben – und der von Alltag und Krisen vereinnahmte, gehirngewaschene Gutbürger wird ihr wie ferngesteuert hinterher jagen.

Jean-Claude Juncker, ehemaliger Präsident der Europäischen

Kommission, sagte dazu in der Spiegel-Ausgabe vom 27. Dezember 1999 ebenso schamlos wie treffend:

„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

Die organisierte Kriminalität der herrschenden Klasse, die schon seit Jahrhunderten auf Kosten einer hart arbeitenden Mehrheit lebt, hat sich in der repräsentativen Demokratie der Spätmoderne legitimiert und über supranationale Organisationen, die sich demokratischen Prozessen vollständig entziehen, international konstituiert. Die sagemumwobene „Neue Weltordnung“ ist längst Realität. Es ist die kleptokratisch-totalitäre Herrschaft krimineller Finanzeliten, Oligarchen, Technokraten und Eugeniker. Wahlen werden daran nichts mehr ändern. Eine kritische Masse aufgeklärter Menschen eventuell schon.

Nick Hanauer, nach eigenen Angaben einer der reichsten 0,01 Prozent der US-Bevölkerung, Mitgründer von Amazon und streitbarer Kapitalismuskritiker, schrieb 2014 in einem offenen Brief an seine superreichen Freunde und Milliardärskollegen in den USA:

„Ich bin in vielerlei Hinsicht nicht anders als ihr. Wie ihr habe auch ich mich geradezu obszön für meinen Erfolg belohnt, mit einem Leben, das sich die anderen 99,99 Prozent der Amerikaner nicht einmal vorstellen können. Aber lasst uns offen sprechen. Schauen wir, wohin die Reise geht. Ich frage mich, was ich in der Zukunft sehe. Und wisst ihr, was ich sehe? Ich sehe Fackeln und Mistgabeln.“